

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes am 01.04.2017 in Schwerin

Vorbereitung des Landesparteitages am 29. April

Dem Landesvorstand liegen zahlreiche Anträge zur Änderung der Landessatzung sowie ein Schreiben des Landesausschusses zur Absetzung der Satzungsdiskussion von der Tagesordnung des Landesparteitages am 29. April in Rostock vor. Nach den Erläuterungen der Beweggründe für dieses Schreiben durch die Sprecherin des Landesausschusses, Astried Zimmermann, und der anschließenden Diskussion, spricht sich der Landesvorstand mehrheitlich dafür aus, die Satzungsanträge auf dem Parteitag zu behandeln. Der Antrag des Landesvorstandes zur Änderung der Landessatzung wird ebenfalls mehrheitlich beschlossen und befindet sich in seiner finalen Fassung im Anhang. Die vorliegenden weiteren Satzungsanträge als auch ein Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landesparteitages werden zur Kenntnis genommen. (Nachtrag: Weitere Anträge an den Landesparteitag zur Änderung der Landessatzung wurden am Sonnabend fristgerecht per Post in der Landesgeschäftsstelle zugestellt.)

Zudem beschließt der Landesvorstand einstimmig die Einbringung des Leitantrags „SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.“ sowie des Antrags zum Ergebnis der Strategiedebatte „Aufbruch M-V 2021“. Diese befinden sich ebenfalls im Anhang.

Aktuell-Politisch

Die Landesvorstandsmitglieder verständigen sich zum Ausgang der Landtagswahl im Saarland und den Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung der LINKEN bis zur Bundestagswahl. Es bleibt festzuhalten, dass DIE LINKE deutlich machen muss, dass sie zuallererst die Kompetenz beim Thema Soziale Gerechtigkeit besitzt. Geschlossenheit und die Konzentration auf die Kernthemen sind in den kommenden Wochen wichtige Voraussetzung dafür, diese Kompetenz in den Fokus zu stellen.

Simone Oldenburg informiert über die Aktivitäten der Landtagsfraktion. Dazu gehören u.a. die Erstellung einer Broschüre zum Thema Kinderarmut, die Landtour „Gute Arbeit. Gute Löhne“ vom 25. bis 27. April und die Positionierung der Fraktion zur möglichen Ausweitung des Bürgerschaftsrahmens für die Werften. Auch zahlreiche parlamentarische Initiativen wurden durch die Linksfraktion eingebracht.

Klausur zum Umgang mit Rechtspopulismus und der politischen Ausgangssituation vor der Bundestagswahl 2017

Als Expert_innen stellen einerseits Dr. Delphine Wollenberg und Maja Ulatowski vom Regionalzentrum für demokratische Kultur (RAA) Anklam sowie andererseits Dr. Martin Koschkar vom Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock die aktuelle Situation dar.

Rechtspopulismus stellt „das Volk“ in Konkurrenz zur „herrschenden Elite“ und stellt den „einen Volkswillen“ über Minderheiten und Andersdenkende. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus fehlt jedoch meist ein geschlossenes Weltbild und/oder das Inkaufnehmen von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele. Rechtspopulisten bieten meist vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme, inszenieren Tabubrüche in den Medien, welche sie auf der anderen Seite oftmals als „Lügenpresse“ diskreditieren.

Der Umgang mit Rechtspopulisten muss differenziert erfolgen. Langfristig bleibt es Aufgabe demokratischer Parteien wieder mehr Pluralismus in den Positionen darzustellen, den z.B. die AfD versucht zu negieren.

Parlamentarische Initiativen der AfD sollten ebenfalls individuell betrachtet werden. Unaufgeregtes inhaltliches Stellen oder konsequentes Zurückweisen können Reaktionen sein. Ein Agieren wie bei der NPD nach dem so genannten Schweriner Weg ist nicht sinnvoll, denn es würde die Partei in der von

ihr oft beschworenen Opferrolle bestätigen. Mögliche parteiinterne Konflikte sollten, soweit möglich, in die Partei zurückgespiegelt werden.

Zu politischen Ausgangssituation im Wahljahr 2017 wird festgestellt, dass es sicher keine seichte Auseinandersetzung („Merkel-Wahlkampf“) wie bei der letzten Bundestagswahl geben wird. Schwächen der Kanzlerinnenschaft Merkels sind zwar zu beobachten, jedoch nur in einzelnen Bereichen (z.B. ökonomische Stabilität nicht fraglich). Brachte das Erstarken der AfD seit 2015 ein Absinken der Zustimmungswerte für CDU/CSU und SPD, blieben die Werte für DIE LINKE relativ stabil. 2017 brachte jedoch der „Schulz-Effekt“ einen Mobilisierungsschub innerhalb der SPD und ein Aufschließen bei der Zustimmung mit der Union. Das führte in den vergangenen Wochen zu einer Polarisierung zwischen SPD und CDU/CSU, was den kleineren Parteien sinkende Zustimmung beschert/bescheren kann.

Die zunehmenden Wahlbeteiligungen bei den letzten Landtagswahlen sprechen dafür, dass auch bei der Bundestagswahl viele Wahlberechtigte den Weg zur Wahlurne finden. Das verlangt von allen Parteien eine überordentliche starke Mobilisierung der jeweiligen Klientel.

Aufgabe für DIE LINKE wird es sein, ihre Kompetenz bei Sozialer Gerechtigkeit herauszustellen und zu zeigen, dass die SPD hier weniger Glaubwürdigkeit besitzt.

Eine konkrete Wechselstimmung ist momentan nicht zu erkennen. Dafür spricht auch die hohe Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Jedoch gibt es hohe Erwartungshaltungen bei den Themen Lohngerechtigkeit und „Hilfe für Schwache“, was der LINKEN nutzen kann.

Die Landesvorstandsmitglieder stellen vornehmlich als wichtigste Aufgaben der kommenden Wochen heraus, dass wir uns als LINKE auf unsere Positionen und unser Ergebnis konzentrieren, wir eine schnelle und breite Mobilisierung erreichen müssen und die Hoheit beim Thema Soziale Gerechtigkeit behaupten müssen.

Verständigung zur Situation im Kreisverband PUR

Die Mitglieder des Landesvorstandes nehmen zur Kenntnis, dass die drei Eingeladenen entschuldigt ferngeblieben sind. Der Landesvorstand ist weiterhin bereit, sich Problemen anzunehmen und vermittelnd einzugreifen.

Die anwesende Vorsitzende des Kreisverbandes Peene-Uecker-Ryck, Mignon Schwenke, schildert kurz den Verlauf der Diskussionen im Kreisverband und die Presseberichte, in denen interne Streitigkeiten des Kreisverbandes thematisiert wurden. Auch Auseinandersetzungen über Beschäftigungsverhältnisse von ehemaligen Wahlkreismitarbeiter_innen von Mitgliedern des Landtages waren mehrfach Thema öffentlicher Darstellungen.

Der Landesvorstand stellt wiederholt fest, dass Personalangelegenheiten von Abgeordneten nicht in seinen Aufgabenbereich fallen. Die betroffenen Landtagsmitglieder genießen das Vertrauen der Anwesenden. Die Mitglieder des Landesvorstandes betonen, dass eine wichtige Voraussetzung für ein solidarisches und konstruktives Agieren der Partei ist, dass innerparteiliche Konflikte dort ausgetragen werden, wo sie hingehören - d.h. innerhalb der entsprechenden Ebenen der Partei und nicht in der Öffentlichkeit. Es verbietet sich insbesondere, in Wahlkampfzeiten innerparteiliche Konflikte in öffentlichen Medien auszutragen.

Finanzen/Sonstiges

Der Landesvorstand stimmt dem vorliegenden Finanzplan zum Jugendcamp vom 12. bis 14. Mai 2017 zu.

Für die Bildung des Landeswahlausschusses schlägt der Landesvorstand für die LINKE als Mitglied Kevin Kulke und als stv. Mitglied Sebastian Schmidt vor.

Zudem beruft der Landesvorstand für den 18. und 19. November die 1. Tagung des 6. Landesparteitages in das „Haus der Kultur und Bildung“ nach Neubrandenburg ein. Antragsschluss ist der 21. Oktober 2017, 12.00 Uhr (Zustellfrist).

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 28. April in Rostock statt.

Ausführliche Informationen und weitere Termine im Internet unter www.die-linke-mv.de.